

Entsorger mit Sorgen

Ernst Albrecht und seine Landesregierung erboten sich 1976/77, den Gift- und Atom Müll der ganzen Nation in Niedersachsen aufzunehmen. Zeitweilig machte sich der damals neu ins Amt gekommene Ministerpräsident damit bei den Reaktorbetreibern und der Chemie-Industrie beliebt: Sie konnten sorglos weiterproduzieren und neue Produktionsanlagen planen. Worauf sich der Entsorger Albrecht einließ, ahnten zwar besorgte Bürger in der Nachbarschaft der Deponie-Standorte, und die von ihnen zu Hilfe gerufenen Wissenschaftler warnten eindringlich vor den Gefahren, die der Umwelt drohten. Doch die Behörden und vor allem die verantwortlichen Politiker überhörten alles. Wie verantwortungsbewußt waren diese Politiker?

In Münchehagen, wo bis 1983 nahezu 500 000 Kubikmeter Giftmüll abgekippt wurden, verfärbten sich die Bäume in einem nahegelegenen Wald. Die Landesregierung ignorierte dies und andere Alarmsignale. Immer waren es zunächst Bürgerinitiativen und Kommunalpolitiker, die nachwiesen, daß Gift austrat; die zuständigen Behörden, Minister und Mi-

nisteriumssprecher leugneten, lenkten ab und diffamierten die aufgebrachten Umweltschützer, bis sie sich nach langer Zeit bequemen, deren Feststellungen in gewundenen Verlautbarungen zu bestätigen.

Inzwischen ist klar, in welche Größenordnungen der Schaden hineinreicht. Beträge in Milliardenhöhe sind erforderlich, um die Abfälle zu beseitigen, die angeblich durch Abkippen auf die Münchehagener Deponie ein für allemal beseitigt waren. Zwei oder drei Jahresraten der Strukturhilfe, die Albrecht kürzlich in Bonn erbettelte, dürften allein für die Sanierung dieser einen Deponie draufgehen. So macht man ein Land arm. Für die Industrie ist es ein gutes Geschäft.

Auch der Konzern, der die Münchehagener Deponie betrieb, verdiente gut daran; als die Folgen sichtbar wurden, zog er sich rasch zurück. Die Bürger, denen rechtswidrig jede Mitsprache bei der Planung verweigert wurde, müssen nun für den Schaden aufkommen — nicht etwa die verantwortlichen Politiker. Wofür sind sie eigentlich verantwortlich?

sp (Hannover)

30.12.88

30.12.88 „Münchehagen sofort auskoffern“

ch./r. **Münchehagen**

Mit einem umfassenden Forderungskatalog wollen mehrere Bürgerinitiativen im Zusammenspiel mit den Grünen im Landtag die Sanierung der stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) vorantreiben. Vor Journalisten verlangten Sprecher der Initiativen am Donnerstag in Münchehagen, daß die Landesregierung spätestens in zwölf Monaten einen Sanierungsplan vorlegt.

400 000 bis 500 000 Tonnen Giftmüll müssen so schnell wie möglich auf der inzwischen nachweislich undichten Tongrube ausgehoben und in einem nach allen Seiten sicher abgedichteten Bauwerk kon-

trollierbar zwischengelagert werden, erklärten Sprecher der Initiativen. Das Verwaltungsgericht hatte die Deponie für illegal erklärt und den betroffenen Gemeinden einen Anspruch auf schnellstmögliche Beseitigung der entstandenen Umweltgefährdung zuerkannt.

Neben der Sicherung und Untersuchung des Deponieumfeldes fordern die Initiativen eine besondere Förderung für die Region, die durch die Sondermülldeponie erhebliche Nachteile erlitten habe.

Das Umweltministerium in Hannover sieht es als unrealistisch an, innerhalb eines Jahres einen Sanierungsplan für die Deponie Münchehagen zu erstellen.